

**SPD OV Garrel**

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

**Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen müssen beendet werden**

Der Einsatz von Leiharbeitern und Werkvertragsarbeitern ist in den vergangenen Jahren in extremer Weise ausgeübt. Nicht eine Stammebelegschaft mit Arbeitsverträgen mit tarifgerechter Bezahlung ist das wesentliche Fundament der Mitarbeiterstruktur in einer Firma, nein vielmehr besteht in vielen Betrieben die Mehrzahl der Belegschaft und Werkvertragsarbeiter bzw. Leiharbeiter. Hierbei kommt es nicht nur in seltenen Fällen zu Quoten von mehr als 60 – 70 Prozent von Werkvertragsarbeitern oder Leiharbeitskräften. Die Unternehmen der Fleischverarbeitung haben sich hierbei in den letzten Jahren als sehr unrühmliche Ausnahmen gezeigt, wobei es auch hier Unternehmen gibt, die nicht mehr auf Werkverträge und Leiharbeit setzen, sondern auf eine Stammebelegschaft. Dieses ist jedoch eine sehr verschwindend geringe Anzahl von Betrieben. Die Bundesregierung hat in ihrem aktuellen Gesetzesentwurf das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen in der Fleischindustrie bis auf wenige Ausnahmen beschlossen, aber dieses ist ein guter Einstieg, aber noch lange nicht ausreichend.

Die Geißel der Leih- und Werkvertragsarbeit und deren Missbrauch haben mittlerweile in vielen Industriezweigen in der Produktion, z. B. im Schiffbau, Einzug gehalten. Tariflöhne und Arbeitnehmerrechte werden mehr und mehr unterwandert bzw. ausgehöhlt. Billigarbeiter aus anderen EU-Staaten werden zum Teil unter fragwürdigen Umständen untergebracht und auf dem geringstmöglichen Niveau bezahlt. Arbeitnehmerrechte für diese Werkstätigen gibt es nicht. Die Firmen entziehen sich hierbei ihrer Verantwortung gegenüber diesen Beschäftigten, oftmals mit dem Hinweis, dass hierfür die Entsendefirmen verantwortlich sind. Eine Firma, die mit der Arbeitskraft und Produktivität von Leih- und Werkvertragsarbeitern Gewinne erzielt, muss auch für das Wohlergehen der Beschäftigten, die im Namen und für die diese Firma tätig sind, Pflichten übernehmen.

Der Einsatz und Kampf für gerechte Bezahlung und ordnungsgemäße Arbeitsbedingungen ist eine zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik

Der SPD OV Garrel fordert daher:

1. Die Stammebelegschaft muss wieder die reguläre Beschäftigungsform werden.
2. Werkvertrags- und Leiharbeit sind per Gesetz für alle Branchen auf ein geringstes Mindestmaß zu beschränken. Die bestehende gesetzliche Regelung muss ausgeweitet werden, damit einer Zersplitterung verhindert wird
3. Arbeitnehmer, die im Rahmen von z.B. Überkapazitäten temporär in Firmen eingesetzt werden, müssen einen Lohnaufschlag von mindestens 15 % über dem Durchschnittslohn dieser Tarifgruppe erhalten.
4. Firmen, die Leih- und Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigen, müssen neben den Entsendefirmen, verantwortlich für ordnungsgemäße Bezahlung und Unterbringung der Beschäftigten sein.
5. Eine automatische Verknüpfung der Arbeitsverträge mit der Unterbringung sollte nicht gestattet sein, vielmehr sollte man den Arbeitnehmern Unterbringungsangebote zu vernünftigen Preisen machen, über die sie dann frei entscheiden können.

- 1        6. Die Kontrolle der Unterbringung der Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern mit Werkvertrag  
2        oder in Leiharbeit muss den zuständigen Kommunalbehörden und Gewerbeaufsichtsämtern  
3        durchgehend und lückenlos erfolgen. Hierzu müssen die zuständigen Ämter sachlich und vor  
4        allem personell ausgestattet sein.  
5        7. Unternehmen, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen haben Sorge dafür zu tragen, dass  
6        Sprachbarrieren beseitigt werden. Dies gilt auch und im Besonderen auf arbeitsrechtliche Best-  
7        immungen.  
8        8. Die betriebliche Mitbestimmung durch die Bildung von Betriebsräten sollte gefördert und un-  
9        terstützt werden

10  
11  
12 Begründung:

13  
14 Die derzeitige Handhabung von Leiharbeit und Werkarbeitsverträgen untergräbt weite Teile von Arbeits-  
15 recht und Arbeitnehmerrechten und fördert das Lohndumping. Was SPD und Gewerkschaften in den  
16 letzten Jahrzehnten gefordert und auch durchgesetzt haben wird hierdurch konterkariert. Es ist des-  
17 halb an uns, diese Entwicklung in einem der ureigensten Themenfeldern der Sozialdemokratie zu kor-  
18 rigieren.

19 Das derzeit von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz, nur für die Fleischindustrie, bekämpft nur  
20 einen aktuell sehr öffentlichkeitswirksam dargestellten Problembereich von Werkvertrag und Leihar-  
21 beit und auch nicht in allen Betrieben und mit aller Konsequenz. Jedoch hat sich das Problem von Leih-  
22 und Werkvertragsarbeit bereits in weiteren Branchen sehr stark festgesetzt. Hier gilt es zum Wohle von  
23 Arbeitnehmern, sozial verantwortlich, eine spürbare Veränderung zu erreichen.

24  
25  
26  
27 Behandlung:

- 28  
29  Annahme  
30  Ablehnung  
31  Nichtbehandlung  
32  Antrag zurückgezogen

33  
34 Weiterleitung an:  
35  
36  
37